

Grundzüge und Tendenzen der südkoreanischen Außenpolitik

Kemmerling, Guido

Veröffentlichungsversion / Published Version
Zeitschriftenartikel / journal article

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:
GIGA German Institute of Global and Area Studies

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Kemmerling, G. (1996). Grundzüge und Tendenzen der südkoreanischen Außenpolitik. *Korea - Politik, Wirtschaft, Gesellschaft*, 70-95. <https://doi.org/10.11588/kjb.1996.0.2641>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-SA Lizenz (Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-SA Licence (Attribution-ShareAlike). For more Information see: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0>

Grundzüge und Tendenzen der südkoreanischen Außenpolitik

Guido Kemmerling¹

Den Frieden auf der koreanischen Halbinsel zu erhalten und langfristig eine Wiedervereinigung mit Nordkorea zu ermöglichen sind die wichtigsten Ziele der südkoreanischen Außenpolitik. Um diese Ziele zu erreichen, muß Südkorea in erster Linie die Politik der nordkoreanischen Regierung berücksichtigen. Der erste Abschnitt beschäftigt sich daher mit dem innerkoreanischen Verhältnis. Der zweite Abschnitt hat das bilaterale Verhältnis zu anderen Staaten zum Thema. Im Vordergrund stehen dabei die Beziehungen zu den vier in der Region Nordostasien einflußreichen Staaten: den USA, China, Japan und Rußland. Der letzte Abschnitt hat die an Gewicht gewinnende Rolle Südkoreas in der multilateralen Außenpolitik zum Thema.

1 Verhältnis zu Nordkorea

Ähnlich wie bei den früheren Beziehungen der Bundesrepublik Deutschland zur DDR sind aus südkoreanischer Sicht die Beziehungen zu Nordkorea streng genommen kein Teil der Außenpolitik. Beide koreanischen Staaten erkennen sich nicht als Staaten an.² Dennoch sind die innerkoreanischen Beziehungen von ihrem tatsächlichen Charakter her den Beziehungen zwischen zwei Staaten ähnlich. Wegen ihrer zentralen Bedeutung für die südkoreanische Außenpolitik sind die innerkoreanischen Beziehungen ein Thema dieses Beitrags. Damit soll jedoch keine Stellungnahme zum rechtlichen Charakter dieser Beziehungen verbunden sein.

Das Ziel, die Teilung des Landes zu überwinden, ist in der südkoreanischen Verfassung festgeschrieben.³ Es besteht in der südkoreanischen Gesellschaft Konsens, daß die Wiedervereinigung mit Nordkorea anzustreben ist. Wenig Einigkeit existiert allerdings in der Frage, auf welche Art und wie schnell

¹Der Verfasser gibt ausschließlich seine persönliche Meinung wieder.

²So lautet Artikel 3 der südkoreanischen Verfassung: „The territory of the Republic of Korea shall consist of the Korean peninsula and its adjacent islands.“ Im Grundlagenvertrag zwischen Nord- und Südkorea, dem „Agreement on Reconciliation, Nonaggression and Exchanges and Cooperation between the South and the North“ vom 19.02.1992 heißt es in der Präambel ausdrücklich, daß der Süden und der Norden anerkennen, daß „their relations, not being a relationship between states, constitute a special interim relationship stemming from the process towards unification“.

³Artikel 4 der südkoreanischen Verfassung: „The Republic of Korea shall seek unification and shall formulate and carry out a policy of peaceful unification based on the principles of freedom and democracy.“

dieses Ziel erreicht werden soll. Diese Unsicherheit dürfte auf eine tiefsitzende Ambivalenz zu Fragen der Wiedervereinigung zurückzuführen sein. Viele Südkoreaner stehen einer Wiedervereinigung mit gemischten Gefühlen gegenüber. Sie wird sehr gewünscht, aber noch nicht so bald.

Die ältere Generation kennt Korea noch aus der Zeit vor der Teilung. Viele, die heute im Süden leben und dort fest integriert sind, stammen aus dem Norden und sind in den 40er und Anfang der 50er Jahre in den Süden geflohen. Sie erinnern sich oft mit Wehmut an ihre alte Heimat. Andererseits stehen gerade dieser Generation die Grausamkeiten des Bürgerkriegs immer noch deutlich vor Augen. Die Brüder aus dem Norden - und nicht nur die nordkoreanische Regierung - werden oft mit Mißtrauen betrachtet. Die jüngere Generation ist hingegen unbelastet durch solche Erinnerungen; sie hat sich andererseits an die Teilung des Landes längst gewöhnt. Die koreanische Mittelklasse, die im letzten Jahrzehnt nach langer Entbehrung sich endlich einen relativ hohen Lebensstandard erarbeiten konnte, will sich durch die Kosten einer Wiedervereinigung nicht um die Früchte ihrer Arbeit gebracht sehen.

Die Erfahrungen der deutschen Wiedervereinigung haben in Südkorea die Besorgnis wachsen lassen, daß ein schneller politischer und wirtschaftlicher Zusammenschluß mit dem Norden nach dem deutschen Muster über die Kräfte Südkoreas gehen könnte. Die Frage, wie eine mögliche Wiedervereinigung politisch und wirtschaftlich verkraftet werden sollte, wird in Südkorea mit wachsender Dringlichkeit diskutiert. Dies gilt auch deshalb, weil die Lage in Nordkorea immer labiler zu werden droht. Zwar scheint die nordkoreanische Führung die Zügel nach wie vor fest in der Hand zu halten, jedoch verschlimmern sich die Wirtschaftsprobleme dramatisch. Es sind keine Anzeichen dafür erkennbar, daß die nordkoreanische Regierung zu den umfassenden Reformen fähig wäre, die zur Lösung der Wirtschaftsprobleme unabdingbar sind.

Den relevanten, in Südkorea diskutierten Modellen einer Wiedervereinigung ist gemeinsam, daß sie unterstellen, die Wiedervereinigung könne langsam und politisch gesteuert in einem Stufenprozeß ablaufen. Erst nachdem die größten Wirtschaftsprobleme - etwa durch massive Investitionen südkoreanischer Firmen - erfolgreich gemeistert sind, soll die vollständige Wiedervereinigung erfolgen. Eher fraglich ist, ob im Falle eines Zusammenbruchs des nordkoreanischen Regimes die Lage auf der koreanischen Halbinsel genügend kontrolliert werden kann, um einen langsamen Prozeß der Wiedervereinigung zu ermöglichen. Die Erfahrungen aus Deutschland haben gezeigt, daß der Handlungsdruck auf alle Beteiligten so stark wachsen kann, daß nur schnelle, radikale Aktivitäten zukunftssträchtige Lösungen bieten. Südkoreanische Politiker sind sich dieser Problematik bewußt. Außenminister Gong Ro-myung erklärte bei einem Vortrag in New York am 25. März

1996, daß das nordkoreanische Regime ohne Vorwarnung zusammenbrechen könne.⁴

In der Mitte der 90er Jahre stehen aus südkoreanischer Perspektive folgende Probleme im Vordergrund der innerkoreanischen Beziehungen: die Sicherheit auf der koreanischen Halbinsel, die Beendigung nordkoreanischer Versuche im Bereich der Nuklearrüstung und die Nahrungsmittelhilfe für Nordkorea.

1.1 Sicherheit auf der koreanischen Halbinsel

Die Lage auf der koreanischen Halbinsel ist immer noch gespannt. An der Grenze zwischen Nord- und Südkorea kommt es gelegentlich zu einzelnen Zwischenfällen. So wurde im Oktober 1995 ein nordkoreanischer Eindringling bei Panmunjom erschossen; wenig später tötete das südkoreanische Militär in einer großen Verfolgungsaktion in einer ca. 100 km südlich von Seoul gelegenen Bergregion einen nordkoreanischen Agenten und verhaftete einen zweiten. Auch wenn militärische Auseinandersetzungen oder gar ein Krieg z.Zt. wenig wahrscheinlich scheinen, kann doch nicht völlig ausgeschlossen werden, daß die Spannungen eskalieren. Vor allem über die Struktur und Denkweise der nordkoreanischen Elite ist zu wenig bekannt, um die politischen oder militärischen Absichten Nordkoreas sicher abschätzen zu können.⁵

Der wichtigste Grund für die Spannungen liegt in dem Versuch der nordkoreanischen Regierung, das Waffenstillstandsabkommen von 1953 auszuhöhlen. Nordkorea behauptet, daß dieses Abkommen aufgrund aggressiven Verhaltens Südkoreas den Frieden auf der koreanischen Halbinsel nicht mehr garantieren könne. Daher müsse ein neuer Friedensvertrag ausgehandelt werden. Da die südkoreanische Regierung ohnehin nur eine Marionettenregierung der USA sei, müßten die notwendigen Friedensverhandlungen direkt zwischen Nordkorea und den USA unter Ausschluß Südkoreas geführt werden.⁶

Um ihr Ziel zu erreichen, hat sich die nordkoreanische Regierung in den letzten Jahren bemüht, die Wirksamkeit der Waffenstillstandsbestimmungen durch folgende Maßnahmen zu unterlaufen:

⁴Dem offiziellen Redetext zufolge sagte Außenminister Gong: „Change in North Korea could occur like an earthquake that suddenly strikes without a warning. To lessen the burden we might have to shoulder in such an event, we must try to induce gradual changes in the North through steady contacts.“

⁵Für aktuelle Hintergrundinformationen zu Nordkorea siehe *Vantage Point*, Nawoo Press, oder den ebenfalls regelmäßig erscheinenden *North Korea Report* von Breen & Gustaveson Consultants, Ltd.

⁶Eine gute Darstellung der nord- und südkoreanischen Argumentation zu Fragen des Waffenstillstandsabkommens gibt Paik Jin-Hyun, „Building a Peace Regime on the Korean Peninsula - Analysis and Assessment of Two Koreas' Perspectives on Peace Regime-Building“, in: *Korea and World Affairs*, Vol.XIX (1995), No.3, S.410ff.

- Nordkorea boykottiert seit März 1991 die offiziellen Sitzungen der „Military Armistice Commission“ (= MAC).⁷ Die nordkoreanische Regierung begründete ihren Rückzug aus der MAC mit der für sie nicht akzeptablen Ernennung eines südkoreanischen Generals zum Vorsitzenden der VN-Delegation. Als Begründung verwies sie darauf, daß Südkorea den Waffenstillstandsvertrag nicht unterzeichnet habe.⁸
- Nachdem 1993 der tschechischen Delegation in der Neutral Nations Supervisory Commission (= NNSC)⁹ durch Nordkorea die Anerkennung verweigert worden war, mußte am 28. Februar 1995 die polnische Delegation auf nordkoreanischem Druck ihr Quartier im nördlichen Teil der Demilitarisierten Zone (= DMZ)¹⁰ zwischen Nord- und Südkorea verlassen. Am 3. Mai 1995 verbot Nordkorea allen Mitgliedern des NNSC, sein Territorium zu betreten.
- Schließlich erklärte die nordkoreanische Regierung Anfang April 1996, daß sie wegen südkoreanischer Verstöße gegen das Waffenstillstandsabkommen ihrerseits die Bedingungen dieses Abkommens hinsichtlich des Verhaltens innerhalb der DMZ nicht mehr einhalten könne. Kurz danach ließ Nordkorea bei Panmunjom (dem Ort der Waffenstillstandsverhandlungen von 1953) einige Male vertragswidrig eine größere Zahl bewaffneter Soldaten in die Joint Security Area (= JSA)¹¹ einmarschieren. Diese Provokation Nordkoreas war allerdings so angelegt, daß die Gefahr einer Eskalation gering war.

Über die Motive der nordkoreanischen Politik lassen sich nur mehr oder weniger überzeugende Spekulationen anstellen. Vermutlich zielt die nordkoreanische Regierung nicht auf eine kriegerische Auseinandersetzung ab. Wahrscheinlich will sie vielmehr politischen Druck auf die USA ausüben, bilaterale

⁷Die MAC ist das höchste Gremium zur Überwachung des Waffenstillstands. In ihr saßen sich eine VN-Delegation, die sich im wesentlichen aus südkoreanischen und amerikanischen Militärs zusammensetzt, und eine nordkoreanisch-chinesische Delegation gegenüber.

⁸Seinerzeit hatte auf Veranlassung der südkoreanischen Regierung der höchstrangige südkoreanische General im Kommando der VN-Streitkräfte die Unterschrift unter den Vertrag verweigert, weil die südkoreanische Regierung eine Verewigung der Teilung Koreas befürchtete. Dennoch war immer klar, daß der Waffenstillstand auch für die südkoreanische Armee gilt. Eine Unterschrift seitens des südkoreanischen Generals hätte lediglich eine politisch bedeutsame deklaratorische Funktion gehabt.

⁹Die NNSC bestand aus Delegationen der vier nicht am Koreakrieg beteiligten neutralen Staaten Tschechoslowakei, Polen, Schweiz und Schweden, die die Einhaltung des Waffenstillstandsabkommens überwachen sollen.

¹⁰Die DMZ ist ein 4 km breiter Streifen - 2 km nördlich und 2 km südlich der Waffenstillstandslinie von 1953. Im Waffenstillstandsabkommen ist festgelegt, daß sich in diesem Gebiet nur relativ wenige Soldaten aufhalten dürfen.

¹¹Die JSA ist ein weniger als 1 km² großes Gebiet um Panmunjom. Für die JSA gelten strenge Sonderbedingungen hinsichtlich der Kennzeichnung und Zahl von Soldaten und Waffen.

Friedensverhandlungen mit Nordkorea unter Ausschluß Südkoreas aufzunehmen.

Eine solche Politik könnte aus nordkoreanischer Sicht drei Vorteile vereinigen. Zum einen benötigt die nordkoreanische Regierung einen äußeren Feind, dem sie die Verantwortung für die immer krasser werdende wirtschaftliche Misere zuschieben kann. Durch eine selbst erzeugte Vorkriegsstimmung kann die Aufmerksamkeit der eigenen Bevölkerung von der schweren Nahrungsmittelkrise abgelenkt werden. Auf diese Weise können die Menschen in Nordkorea eventuell von der Notwendigkeit von Sonderopfern überzeugt werden. Diese Rolle des äußeren Feindes muß in erster Linie Südkorea übernehmen.

Zum zweiten würde durch bilaterale Friedensverhandlungen zwischen Nordkorea und den USA die südkoreanisch-amerikanische Allianz erheblich geschwächt. Die südkoreanische Regierung wendet sich verständlicherweise nachdrücklich gegen Versuche, Südkorea von Verhandlungen auszuschließen, die zentrale Aspekte ihrer Souveränität berühren. Daher müßten die USA gegen den ausdrücklichen Willen ihres Bündnispartners zu solchen bilateralen Friedensverhandlungen gedrängt werden. Damit würde ein Keil zwischen Südkorea und die USA getrieben.

Zum dritten könnte die nordkoreanische Regierung versuchen, durch enge Beziehungen zu den USA und die damit verbundene außenpolitische Aufwertung Pyongyangs die Nachteile zumindest teilweise auszugleichen, die sich für sie aus dem Zusammenbruch der Sowjetunion ergeben haben. Wirtschaftlich wurde Nordkorea durch die Auflösung der Sowjetunion hart getroffen. Rohstofflieferungen zu erheblich besseren Bedingungen als den Weltmarktkonditionen sind von Rußland nicht mehr wie früher zu erwarten. Auch China scheint immer weniger bereit zu sein, das reformunwillige nordkoreanische Regime auf Dauer mit erheblichen Mitteln zu unterstützen. In dieser Notlage scheint die nordkoreanische Regierung bestrebt zu sein, von den USA direkt oder durch sie vermittelt wirtschaftliche Vorteile zu erhalten. Exklusive Friedensverhandlungen mit den USA, so hofft eventuell die nordkoreanische Regierung, könnten ein Schritt zu wirtschaftlich profitablen Beziehungen zu den USA sein, ohne auf das Feindbild Südkorea verzichten zu müssen.

Die nordkoreanische Regierung dürfte sich im klaren sein, daß sich ihr Ziel, engere Beziehungen zu den USA zu knüpfen, nur schwer erreichen lassen dürfte. Die USA werden sich nicht bereit finden, mit einem totalitären Regime wie dem nordkoreanischen freundschaftliche Beziehungen zu pflegen. Nordkorea verfügt allerdings über einen eventuell wirksamen Anreiz, die USA zu engeren Beziehungen zu drängen: den Verzicht auf eine Kriegspolitik. Die nordkoreanische Regierung könnte versuchen, durch eine erpresserische Politik die USA vor die unangenehme Alternative zu stellen, entweder auf die nordkoreanische Forderung nach Direktverhandlungen einzugehen oder das Risiko einer militärischen Eskalation in Kauf zu nehmen. Es wäre keine

Überraschung, wenn die nordkoreanische Regierung auch in Zukunft durch gezielte Provokationen den USA deutlich machen wollte, daß nur durch bilaterale Verhandlungen mit ihr ein Krieg vermieden werden kann. Sie trieb damit jedoch weiterhin ein gefährliches Spiel.

Es ist wenig wahrscheinlich, daß die nordkoreanische Politik zu einem durchschlagenden Erfolg führen wird. Es dürfte für Nordkorea schwierig sein, glaubwürdig mit Krieg zu drohen. Nach Analysen militärischer Experten dürfte ein Krieg gegen den Süden für Nordkorea nicht zu gewinnen sein. Eine glaubwürdige Kriegsdrohung würde daher ein hohes Maß an echter oder überzeugend gespielter Irrationalität voraussetzen. Dennoch kann nicht ganz ausgeschlossen werden, daß Nordkorea diesen Weg gehen könnte. Die Aktivitäten der nordkoreanischen Regierung bleiben bis zu einem gewissen Grad unberechenbar. Diese Unsicherheit wird verstärkt durch undurchsichtige Machtverhältnisse und die noch nicht abschließend geregelte Machtübernahme des auserkorenen Führers Kim Jong-il als Nachfolger seines Vaters Kim Il-sung. Daher scheint es immerhin denkbar, wenn auch nicht wahrscheinlich, daß Nordkorea angesichts der katastrophalen wirtschaftlichen Lage einen Krieg aus schierer Verzweiflung anzetteln könnte.

Die südkoreanische und die amerikanische Regierung haben stets einhellig erklärt, daß der nordkoreanische Vorschlag bilateraler Verhandlungen mit den USA nicht akzeptabel sei. Wenn Nordkorea tatsächlich mit einem großen Krieg drohen würde und die USA in einem solchen Fall geneigt sein sollten, zur Kriegsvermeidung direkte nordkoreanisch-amerikanische Friedensverhandlungen zu akzeptieren, wäre dies wohl nur mit Einverständnis Südkoreas möglich. Selbst in einem solchen rein hypothetischen Fall wäre ein Ausschluß Südkoreas von nur scheinbarer Natur.

Nicht zuletzt, um nicht immer auf nordkoreanische Provokationen reagieren zu müssen, sondern selbst eine konstruktive Initiative zu ergreifen, machten der südkoreanische Präsident Kim Young-sam und der amerikanische Präsident Clinton bei ihrem Gipfeltreffen am 16. April 1996 in Korea den Vorschlag, vierseitige Regierungsgespräche zwischen Nord- und Südkorea, den USA und China über den Frieden auf der koreanischen Halbinsel zu führen. Die Gespräche sollen sobald wie möglich und ohne Vorbedingungen aufgenommen werden. Die beiden koreanischen Staaten sollen dabei die Führungsrolle übernehmen. Es ist vorgesehen, daß die USA und China unterstützende Aufgaben wahrnehmen (2+2-Formel)¹². Die Gespräche sollen einen Friedensprozeß einleiten, der zunächst zu spannungsvermindernden Maßnahmen und schließlich zu einem neuen und dauerhaften Friedensabkommen führen soll. Das Gesprächsangebot soll auch dann noch aufrechterhalten werden, wenn

¹²Präsident Kim Young-sam hatte Pressemeldungen zufolge beabsichtigt, bereits am 15.8.1995 aus Anlaß des koreanischen Unabhängigkeitstags das 2+2-Modell vorzuschlagen. Wegen Problemen bei seiner Politik der Reishilfe (s.u.) hat er diesen Plan nicht verwirklicht.

es von Seiten Nordkoreas zunächst abgelehnt werden sollte. Darüber hinaus versicherten die USA nochmals ausdrücklich, daß sie keine Absicht hätten, bilateral mit Nordkorea über die Sicherheit auf der koreanischen Halbinsel zu sprechen. Südkorea und die USA unterstrichen, daß bis zum Abschluß eines neuen Friedensabkommens das Waffenstillstandsabkommen in Kraft bleiben müsse. Ferner bekräftigten sie ihr Sicherheitsbündnis.

Aus südkoreanischer Sicht wären Verhandlungen, an denen nur die beiden koreanischen Staaten beteiligt wären, vorzuziehen gewesen. Da Nordkorea nicht zu solchen Verhandlungen bereit ist, hat die südkoreanische Regierung schließlich die 2+2-Formel akzeptiert.¹³ Sie bleibt daran interessiert, den Kreis der Verhandlungspartner so eng wie möglich zu halten.

Die gemeinsame Erklärung Südkoreas und der USA soll ein zweifaches Signal an Nordkorea senden. Sie soll deutlich machen, daß die nordkoreanische Risikopolitik nicht zum Erfolg führen wird. Andererseits soll jedoch die nordkoreanische Regierung nicht durch eine auf vollständige Isolierung ausgegerichtete Politik in die Ecke gedrängt werden. Durch dieses Gesprächsangebot sollen nicht nur die Spannungen auf der koreanischen Halbinsel durch Einbeziehung Nordkoreas in internationale vertragliche Bindungen vermindert werden. Darüber hinaus sollen im Rahmen vertrauensschaffender Beziehungen die nordkoreanische Regierung zu grundlegenden Reformen ermutigt und die Voraussetzungen für ausländische, besonders südkoreanische Investitionen geschaffen werden. Die südkoreanische und die amerikanische Regierung halten es für durchaus möglich, daß ohne solche Reformen das nordkoreanische System über kurz oder lang zusammenbrechen könnte. Einen solchen schnellen Zusammenbruch möchten sie vermeiden, weil sie fürchten, daß er nicht ohne Blutvergießen verlaufen würde und seine politischen und wirtschaftlichen Folgen die Region destabilisieren könnten.

1.2 Beendigung nuklearer Rüstungsversuche von Nordkorea

Die oben geschilderten Versuche der nordkoreanischen Regierung, die USA zu bilateralen Friedensgesprächen zu zwingen, folgen einem Muster, das sie bereits einmal mit Erfolg in einem besonders sensiblen Politikbereich angewandt hat. Ihre Bereitschaft, ihr vermutetes Atomwaffenprogramm zu stoppen, ließ sie sich mit handfesten Vorteilen bezahlen.

¹³ Im Gegensatz zum deutschen Fall gibt es keine völkerrechtlichen Verträge, die die Souveränität der beiden Koreas in bezug auf Korea als Ganzes betreffende Fragen begrenzen. Die Zustimmung der Vier Mächte zur Wiedervereinigung war rechtlich erforderlich. Eine Wiedervereinigung Koreas ist hingegen eine Angelegenheit, die die Koreaner aus völkerrechtlicher Perspektive ohne Beteiligung anderer Staaten regeln könnten.

1993 begann Nordkorea sich zu weigern, bestimmte Atomanlagen inspizieren zu lassen.¹⁴ Darüber hinaus kündigte die nordkoreanische Regierung erst den Austritt aus dem Atomwaffensperrvertrag und später aus der International Atomic Energy Agency (IAEA) an. Ohne dies ausdrücklich zu bekennen, erweckte sie den Eindruck, intensiv und mit Aussicht auf Erfolg an der Entwicklung einer Atombombe zu arbeiten.

Vor allem Südkorea, Japan und die USA fühlten sich ernsthaft bedroht und waren sehr besorgt angesichts der Möglichkeit, daß Nordkorea über kurz oder lang über Atomwaffen verfügen könnte. Wie sollte man auf diese Bedrohung reagieren? Sanktionen gegen Nordkorea wurden erwogen; dieses Instrument konnte schon wegen mangelnder Kooperationsbereitschaft Chinas im Sicherheitsrat der VN nicht eingesetzt werden.

Die USA rangen sich zu einer Reihe diplomatischer Initiativen durch, die in einem Besuch des amerikanischen Expräsidenten Carter im Juni 1994 in Nordkorea gipfelten. Carter fädelte einen Kompromiß ein, der in der sogenannten Rahmenübereinkunft („framework agreement“) vom 21. Oktober 1994 in Genf festgeschrieben wurde. Darin sagte die nordkoreanische Regierung zu, ihre für ein etwaiges Atomprogramm wichtigen Reaktoren zunächst stillzulegen und später zu demontieren. Im Gegenzug sicherten die USA Nordkorea Ersatz in Form von zwei modernen Leichtwasserreaktoren zu, die in Nordkorea zu sehr günstigen Finanzierungsbedingungen errichtet werden sollten. Diese neuen Reaktoren eignen sich praktisch nicht zur Gewinnung nuklearen Bombenmaterials. Außerdem wurde Nordkorea die Lieferung von jährlich 500.000 t Schweröl bis zur Inbetriebnahme der neuen Reaktoren versprochen.¹⁵

Obwohl von Südkorea der größte Teil der Finanzierung dieses Großprojektes erwartet wurde, war die südkoreanische Regierung nicht direkt an den Verhandlungen in Genf beteiligt. Sehr zum Verdruß der südkoreanischen Regierung hatte Nordkorea sich mit seinem Ansinnen durchsetzen können, Südkorea von den Gesprächen auszuschließen. Das Eigeninteresse der USA an einem Stopp des nordkoreanischen Atomprogramms war groß genug, um sich über solche Bedenken ihres südkoreanischen Bündnispartners hinwegzusetzen. Aus amerikanischer Sicht schien es wichtiger, möglichst völlig auszuschließen, daß Nordkorea Atomwaffenstaat werden könnte. In der Rahmenübereinkunft versprach zwar die nordkoreanische Regierung auf amerikanisches Drängen, in einen innerkoreanischen Dialog einzutreten. Bisher hat sie jedoch genügend Vorwände gefunden, um einer Einlösung dieser vertraglichen Verpflichtung auszuweichen.

¹⁴Zum Verlauf der Krise um die nordkoreanische Nuklearrüstung siehe Kindermann, Gottfried-Karl, *Der Aufstieg Koreas in der Weltpolitik*, München 1994, S.197ff.

¹⁵Für eine kritische Einschätzung des „framework agreement“ siehe Lehman II, Ronald F., „Some Considerations on Resolving the North Korean Nuclear Question“, in: *The Korean Journal of Defense Analysis*, Vol.VI, No.2 (Winter 1994), S.11ff.

Als Folge der Rahmenübereinkunft von Genf wurde von den USA, Südkorea und Japan die „Korean Peninsula Energy Development Organization“ (KEDO) gegründet. Die Verhandlungen mit KEDO sind seit 1995 das einzige politisch bedeutsame Forum, in dem Regierungsbeamte aus Nordkorea und Südkorea zusammen sprechen. Nach langwierigen Verhandlungen konnte die KEDO im Sommer 1995 Nordkorea das Einverständnis abringen, daß eine südkoreanische Firma Generalunternehmerin für die Lieferung der beiden Leichtwasserreaktoren sein wird. Im Dezember 1995 wurde der Vertrag über die Lieferung zweier Leichtwasserreaktoren unterzeichnet. Damit wurde mit fast neunmonatiger Verzögerung gegenüber dem in der Rahmenübereinkunft vorgesehenen Zeitplan eine wichtige Hürde auf dem Weg zur Verwirklichung des für die Stabilität auf der koreanischen Halbinsel wichtigen Projekts genommen. Weitere Detailabsprachen und damit eine fortdauernde Kompromißbereitschaft auf beiden Seiten bleiben notwendig, damit das KEDO-Projekt durchgeführt werden kann. So haben im April 1996 Verhandlungen über ein Protokoll begonnen, in dem die Fragen des konsularischen Schutzes der im Rahmen des KEDO-Projekts in Nordkorea arbeitenden Ausländer geregelt werden sollen. Ferner müssen noch genaue Regelungen über Kommunikationsverbindungen und über den Transport von Baustoffen zur Reaktorenbaustelle abgesprochen werden. Nordkorea will bisher nicht zulassen, daß die bisher völlig undurchlässige Landgrenze zwischen den beiden Koreas ausnahmsweise für Materialtransporte im Rahmen des KEDO-Projekts geöffnet wird.

Wegen der großen Energieknappheit scheint jedoch Nordkorea ernsthaft an einer Verwirklichung interessiert zu sein. Schon jetzt dürfte es auf die bis zur Fertigstellung der Leichtwasserreaktoren vereinbarte Schweröllieferung dringend angewiesen sein. Insofern besteht durchaus eine realistische Chance, daß trotz aller Probleme in Einzelfragen das KEDO-Projekt vorankommt.

1.3 Reishilfe

Zur Überraschung vieler Beobachter hatte die nordkoreanische Regierung Anfang 1995 um Nahrungsmittelhilfe gebeten. Dies war ein Bruch mit der von Nordkorea propagierten „Juche“- (Selbständigkeits-) Ideologie, nach der Nordkorea sich aus eigener Kraft entwickeln und eine eigene Form des Sozialismus verwirklichen will. Angesichts der sich immer weiter verschärfenden Lage der Nahrungsmittelversorgung wich die nordkoreanische Regierung nun vom propagierten Grundsatz der Selbstversorgung für alle Welt deutlich sichtbar ab.

Die nordkoreanische Bitte war nicht an Südkorea gerichtet. Dennoch wurde in Südkorea die Frage einer Nahrungsmittelhilfe rasch zu einem politischen Thema. Der südkoreanischen Regierung fiel die Entscheidung über eine mögliche Hilfsaktion nicht leicht. Einerseits verband sie mit einer Reishilfe die Hoffnung, die innerkoreanische Funkstille zu überwinden und den im

Sommer 1994 nach den Tod Kim Il-sungs unterbrochenen Gesprächsfaden¹⁶ wieder aufnehmen zu können. Hilfe in einer Notlage hatte es bereits einmal 1984 gegeben. Seinerzeit hatte Nordkorea, begleitet von großem Propagandalärm, seinem südlichen Nachbarn nach einer Überschwemmungskatastrophe eine vom Umfang her recht geringe, aber symbolisch bedeutsame Hilfe zur Verfügung gestellt. Damals hatten sich Hoffnungen auf nachfolgende politische Fortschritte im innerkoreanischen Verhältnis allerdings nicht erfüllt.¹⁷ Andererseits befürchtete die südkoreanische Regierung, von Nordkorea ausgenutzt zu werden und mit der Reishilfe ungewollt nicht die Bevölkerung, sondern vor allem das nordkoreanische Militär zu unterstützen.

Präsident Kim Young-sam erklärte während seines Staatsbesuchs in Deutschland im März 1995, daß Südkorea ohne Vorbedingungen bereit sei, Reishilfe an Nordkorea zu liefern. Die nordkoreanische Regierung versuchte jedoch, auch in dieser Angelegenheit von Südkorea Abstand zu halten. Nordkorea bat die japanische Regierung um Hilfe, unterließ es jedoch, sich an Südkorea zu wenden. Damit die südkoreanische Regierung ihr politisches Ziel eines innerkoreanischen Dialogs erreichen konnte, bat sie Ende Mai 1995 die japanische Regierung, ihre Hilfe von der Bereitschaft Nordkoreas abhängig zu machen, Hilfe von Südkorea anzunehmen. Die nordkoreanische Regierung war schließlich einverstanden, in Peking über Einzelfragen einer südkoreanischen Reishilfe Gespräche aufzunehmen. Diese Gespräche wurden auf seiten Südkoreas von der Regierung, auf seiten Nordkoreas jedoch nur durch einen Vertreter einer Institution geführt, die offiziell als Nichtregierungsorganisation gilt. Es wurde vereinbart, daß Südkorea an Nordkorea 150.000 t Reis gratis liefert. Der Reis mußte so verpackt sein, daß für die Empfänger die Herkunft der Hilfe aus Südkorea nicht deutlich werden konnte.

Bei der Abwicklung der Hilfe traten jedoch Probleme auf, die alle Hoffnungen auf eine Verbesserung der innerkoreanischen Beziehungen zunichte machten. Ein südkoreanisches Schiff wurde gezwungen, beim Abladen seiner Reislieferung die nordkoreanische Flagge zu hissen. Daraufhin wurde vereinbart, daß die südkoreanischen Schiffe entgegen den internationalen Gepflogenheiten darauf verzichten, in den nordkoreanischen Häfen die südkoreanische Flagge zu hissen. Ein anderes Schiff wurde zeitweise festgehalten und ein Besatzungsmitglied verhaftet, weil es angeblich nordkoreanische Hafenanlagen fotografiert und damit einen Akt der Spionage begangen habe. Bereits vor Auslieferung der Hilfe hatte sich das innerkoreanische Verhältnis weiter abgekühlt, weil am 30. Mai 1995 die nordkoreanische Marine das südkoreanische Fischerboot „Woosung 86“ aufbrachte, das anscheinend in nordkoreanische Gewässer

¹⁶ Nordkorea wirft dem südkoreanischen Präsidenten besonders vor, daß er nicht zum Tod des nordkoreanischen Staatsführers kondoliert habe.

¹⁷ Zu dieser Episode siehe Kindermann, Gottfried-Karl, *Der Aufstieg Koreas in der Weltpolitik*, München 1994, S.160f.

geraten war. Dabei kam es zu einer Schießerei, bei der zwei südkoreanische Seeleute getötet wurden. Die anderen Besatzungsmitglieder wurden festgenommen. Ein weiteres Besatzungsmitglied verstarb in der Haft. Die übrigen Seeleute wurden trotz Bitten der südkoreanischen Seite erst Ende Dezember 1995 von Nordkorea freigelassen und in Panmunjom übergeben.

Diese Vorgänge trugen dazu bei, daß sich die Stimmung der südkoreanischen Öffentlichkeit wandelte. Der südkoreanischen Regierung wurde eine sprunghafte Nordkoreapolitik vorgeworfen. Bei den Lokal- und Regionalwahlen in Südkorea am 27.6.1995 erlitt die Regierungspartei deutliche Einbußen, die von Beobachtern u.a. auf die Nordkoreapolitik der Regierung zurückgeführt wurden. Eine härtere Haltung gegenüber Nordkorea wurde von vielen gefordert. Vor diesem Hintergrund überrascht es nicht, daß im September 1995 die Reisgespräche mit Nordkorea beendet wurden. Zu weiteren Gesprächen erklärte sich die südkoreanische Regierung nur bereit, wenn sie von Regierungsvertretern geführt würden und nicht in Peking, sondern an einem Ort in Korea stattfänden. Außerdem müsse die nordkoreanische Regierung aufhören, Südkorea mit Beleidigungskampagnen zu überziehen.

Trotz der schlechten Erfahrungen bleibt eine mögliche Nahrungsmittelhilfe für Nordkorea auf der politischen Tagesordnung Südkoreas. Der wichtigste Grund dafür ist die sich verschärfende Krise der Nahrungsmittelversorgung in Nordkorea. Schwere Regenfälle lösten im August 1995 in Nordkorea eine Überschwemmungskatastrophe aus, der ein erheblicher Teil der Reis- und Getreideernte zum Opfer fiel. Die nordkoreanische Regierung sah sich dadurch veranlaßt, im Herbst und Winter 1995 mit noch größerer Intensität um Hilfe zu bitten. Die zentrale Ursache für die Nahrungsmittelmisere in Nordkorea dürfte jedoch nicht in Naturkatastrophen, sondern in strukturellen Fehlentwicklungen in der nordkoreanischen Landwirtschaft liegen. Es ist unwahrscheinlich, daß Nordkorea in den kommenden Jahren seine Bevölkerung allein ernähren können.

Im Frühjahr 1996 nahm die südkoreanische Regierung gegenüber einer weiteren Hilfe eine harte Haltung ein. Von Nordkorea im März 1996 angebotene Reisgespräche nach dem alten Muster wurden von ihr abgelehnt. Vor einer neuen Hilfe sollte aus ihrer Sicht Nordkorea eine genauere Erhebung des Nahrungsmittelbedarfs zulassen und vor allem offenlegen, wie groß die Nahrungsmittelvorräte des Militärs seien. Überdies sollte die Verteilung der Güter so organisiert werden, daß eine Versorgung des Militärs auszuschließen sei.

Die südkoreanisch-amerikanische Initiative, die beim Besuch Präsident Clintons in Korea am 16.4.1996 bekannt gegeben wurde, könnte ein erstes Zeichen für eine wieder aufgeschlossener Haltung der südkoreanischen Regierung gegenüber einer neuen Nahrungsmittelhilfe sein. Zwar wird in der Initiative nicht ausdrücklich auf eine mögliche Hilfe zur Linderung der Wirt-

schaftsprobleme in Nordkorea eingegangen. Aus informellen Kommentaren von Regierungsvertretern beider Staaten am Rande des Gipfeltreffens wurde jedoch deutlich, daß solche Hilfe eventuell angeboten würde, falls Nordkorea positiv auf die Initiative reagieren sollte.

2 Bilaterale Beziehungen Südkoreas zu anderen Staaten

Als Wirtschaftsmacht mit starkem Wachstum und als Exportnation mit weltweiten Absatzmärkten hat Südkorea in den letzten Jahren erheblich an Gewicht in der internationalen Staatengemeinschaft gewonnen. Die Südkoreaner - stolz auf die eigene Kultur und selbstbewußt wegen der wirtschaftlichen Erfolge der vergangenen 30 Jahre - möchten, daß ihr Land entsprechend ernst genommen wird.

Die möglichen Auswirkungen auf die innerkoreanischen Beziehungen sind die erste Fragestellung, wenn Südkorea die Politik anderer Staaten beurteilt. Es ist ein Ziel der Außenpolitik Südkoreas, andere Regierungen davon zu überzeugen, ihre Nordkoreapolitik mit der Südkoreas abzustimmen. Aus südkoreanischer Sicht sollte die Entwicklung der Beziehungen aller Staaten zu Nordkorea nur insoweit vorangetrieben werden, als dies die Interessen Südkoreas nicht beeinträchtigt. Insbesondere soll es der nordkoreanischen Regierung unmöglich gemacht werden, einem Dialog mit Südkorea auszuweichen, indem es anstehende Probleme, statt mit Hilfe Südkoreas, mit anderen Staaten zu lösen sucht.

Für Südkorea von besonderer Bedeutung ist die Politik der USA, Chinas, Japans und Rußlands. Diese vier Staaten gelten als die Mächte, die das außenpolitische Klima in Nordostasien prägen. Mit der zunehmenden internationalen Verflechtung gewinnen auch die Beziehungen Südkoreas zu den EU-Staaten und zu den ASEAN-Staaten an Bedeutung.

2.1 USA

Die südkoreanische Regierung ist sich des zentralen Stellenwerts ihrer Beziehungen zu den USA bewußt. Sie weiß, daß ohne die Anwesenheit der 37.000 amerikanischen Soldaten in Südkorea der Frieden auf der koreanischen Halbinsel erheblich stärker gefährdet wäre. Die Regierungen der USA und Südkoreas sind gemeinsam der Überzeugung, daß die Stationierung der amerikanischen Truppen in Südkorea in der Region Nordostasien stabilisierend wirkt. Ein Abzug der Truppen würde ein Vakuum hinterlassen, an dem sich die Rivalität anderer in der Region bedeutender Mächte entzünden könnte. Südkorea und die USA sind sich daher einig, die Sicherheitspartnerschaft zwischen beiden Staaten aufrechtzuerhalten. Dies ist von den führenden südkoreanischen Politikern aller Parteien stets betont worden. Es gibt keine ernstzunehmenden Stimmen in Südkorea, die diese Allianz in Frage stellen.

Trotz dieses stabilen Fundaments sind die Beziehungen zwischen Südkorea und den USA jedoch nicht problemfrei. In nennenswerten Teilen der koreanischen Öffentlichkeit haben deutlich spürbare antiamerikanische Gefühle Wurzeln gefaßt. Diese Gefühle gehen Hand in Hand mit einem ausgeprägten Nationalgefühl, das vor allem in manchen konservativ denkenden Kreisen, aber durchaus auch bei einem Teil der Studenten und der sich politisch links einschätzenden Minderheit in Korea zu finden ist. In den Augen dieser Gruppen sind die USA bereit, aus nationalem Eigeninteresse südkoreanische Interessen zu mißachten. Diese Gruppen sind davon überzeugt, daß die USA über Gebühr den politischen Spielraum Südkoreas beschränken.

Als Beispiel für diese angebliche Haltung der USA wird nicht selten auf die amerikanische Politik gegenüber Nordkorea in der Nuklearfrage verwiesen. Der Umstand, daß die USA bereit waren, das Genfer Rahmenabkommen vom Oktober 1994 ohne direkte Beteiligung Südkoreas auszuhandeln, hatte damals auch bei der südkoreanischen Regierung zu großer Enttäuschung geführt. Seitdem wird in Südkorea mit noch größerer Empfindlichkeit jeder Schritt beobachtet, den die USA in ihren Beziehungen zu Nordkorea unternehmen.¹⁸ Das Mißtrauen in der koreanischen Öffentlichkeit ist groß, die USA könnten Südkorea übergehen und in Direktverhandlungen mit Nordkorea über Frieden und Sicherheit auf der koreanischen Halbinsel eintreten. Immer wieder werden Befürchtungen laut, die USA könnten dem nordkoreanischen Druck nach solchen Direktverhandlungen nachgeben, wenn Nordkorea eine Krise provozieren sollte.

Ferner wird vor allem in konservativen Kreisen kritisiert, daß Südkorea sich gegenüber den USA verpflichtet hat, auf die Entwicklung eigener Mittel- und Langstreckenraketen zu verzichten. Die USA wollten vermeiden, daß in Nordostasien in Antwort auf nordkoreanische Raketenentwicklungen ein potentiell destabilisierender Rüstungswettlauf im Raketenbereich entsteht. Im Zusammenhang mit einer Stationierung amerikanischer Raketen in Südkorea haben sie sich daher die südkoreanische Selbstbeschränkung in diesem Bereich versprechen lassen. Südkorea ist heute mit der ausschließlichen Beschränkung seiner Verteidigungsanstrengungen auf die Grenze zu Nordkorea nicht mehr zufrieden, sondern strebt ein abgerundetes Verteidigungspotential auch gegenüber seinen anderen Nachbarn an.

Darüber hinaus werfen manche Koreaner den USA vor, Mitverantwortung für die blutige Niederschlagung der Unruhen in Kwangju im Mai 1980 zu tragen. Damals waren mehrere hundert Menschen getötet worden, als in Kwangju aus Protest gegen den Militärputsch des Generals und späteren Präsidenten Chun Doo-hwan Unruhen ausbrachen. Obwohl die USA immer wieder versi-

¹⁸ Siehe hierzu Kim, Kook-chin, „The ROK-U.S. Relationship: Need for Redefinition“, in: *IFANS Review*, Vol.3 (1995), No.5 (Hefttitel: *New Direction of Korea-U.S. Relations*), S.8ff.

chern, bei den Geschehnissen um Kwangju stets auf Mäßigung und friedliche Regelung gedrängt zu haben, wird ihnen von manchen nicht geglaubt. Im Februar 1996 wurden bisher nicht bekannte amerikanische Dokumente (z.B. Berichte der amerikanischen Botschaft in Seoul) aus dieser Zeit veröffentlicht, die nach Meinung einiger Koreaner diese Vorwürfe stützen. Die USA haben der koreanischen Regierung mittlerweile alle deklassifizierten amerikanischen Dokumente zu den Vorgängen um die Kwangju-Unruhen zur Verfügung gestellt. Die amerikanische Regierung sieht durch diese Offenlegung der Dokumente keinen Anlaß, ihre bereits seit langem ausführlich erläuterte Haltung¹⁹ in Frage zu stellen.

Wie leicht eine antiamerikanische Stimmung in Korea aufleben kann, zeigte ein Zwischenfall in der Seouler U-Bahn im Mai 1995. Dort war es zu begrenzten Handgreiflichkeiten zwischen einigen Koreanern und amerikanischen Soldaten gekommen. Obwohl dieser Zwischenfall nicht übermäßig schwerwiegend schien, war er längere Zeit ein wichtiges Thema in den koreanischen Massenmedien. Die koreanische Regierung verlangte - wie auch die japanische Regierung im Anschluß an die Proteste in Japan nach der Vergewaltigung eines Schulmädchens durch amerikanische Soldaten in Okinawa - eine Revision des amerikanisch-koreanischen Truppenstatuts. Die südkoreanische Regierung fordert mehr Rechte bei Ermittlungen gegen in Korea stationierte amerikanische Soldaten. Verhandlungen über diese Frage wurden Ende November 1995 aufgenommen.

Seitdem Korea zu einem international wettbewerbsfähigen Industrieland aufgestiegen ist, drängen die USA immer stärker auf eine weitere Öffnung des koreanischen Marktes für amerikanische Produkte. Im September/Okttober 1995 wurde über amerikanische Forderungen zur Erleichterung des Imports amerikanischer Autos hart und schließlich erfolgreich verhandelt. In der südkoreanischen Presse wurde das Verhandlungsergebnis allerdings als unausgewogen zugunsten der amerikanischen Seite deutlich kritisiert. Auch wenn in den letzten Jahren die Schutzmauern um den koreanischen Markt niedriger geworden sind, werden solche Probleme zwischen Südkorea und den USA auch in Zukunft sicherlich noch auftreten.

2.2 China

Die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zur Volksrepublik China im Jahre 1992 war ein großer diplomatischer Erfolg für Südkorea. Entsprechend wenig Begeisterung darüber war in Nordkorea zu spüren. In den vier Jahren seit der Aufnahme diplomatischer Beziehungen haben sich die chinesisch-

¹⁹Die amerikanische Haltung wird ausführlich dargestellt in einem Hintergrundpapier der amerikanischen Botschaft in Seoul, datiert vom 19.6.1989: Press Office, United States Information Service, United States Embassy, Seoul, Korea, „Backgrounder - United States Government Statement on the Events in Kwangju, Republic of Korea, in May 1980“.

südkoreanischen Beziehungen im Wirtschaftsbereich stürmisch entwickelt. China ist in wenigen Jahren zum dritt wichtigsten Handelspartner Südkoreas geworden (wenn man die EU-Staaten und die ASEAN-Staaten jeweils zusammenrechnet, liegt China an fünfter Stelle). Die Volksrepublik China wurde zu einem der wichtigsten Standorte für südkoreanische Auslandsinvestitionen.

Auf politischer Ebene verlief die Entwicklung langsamer. Trotz großen Interesses am wirtschaftlichen Potential Südkoreas ist China nicht bereit, seinen Verbündeten Nordkorea fallen zu lassen. Der seit langem erwartete erste Staatsbesuch des chinesischen Präsidenten Jiang Zemin in Südkorea vom 13. bis 17. November 1995 stellte den Höhepunkt der südkoreanisch-chinesischen Beziehungen dar. Die südkoreanische Seite hob hervor, daß binnen eines Jahres die drei höchstrangigen Politiker Chinas Südkorea besucht hätten, während Nordkorea seit dem Tode Kim Il-sungs im Juli 1994 nicht einmal chinesische Besucher im Ministerrang hätte begrüßen können. Der Schwerpunkt des Besuchs von Jiang Zemin lag wiederum im Wirtschaftsbereich. Hier erhofft sich China einen weiteren Ausbau der Handelsbeziehungen und weitere südkoreanische Investitionen. Südkorea ist daran interessiert, daß sich die Qualität der Wirtschaftsbeziehungen noch stärker auf den politischen Bereich auswirkt. Jiang Zemin vermied jedoch bei seinem Staatsbesuch sorgfältig den Eindruck, daß China seine Beziehungen zu Südkorea auf Kosten Nordkoreas ausbauen wolle.

Im März 1996 reiste der koreanische Außenminister Gong zu Gesprächen nach Peking. Wie später bekannt wurde, erörterte er mit der chinesischen Führung die geplante amerikanisch-südkoreanische Initiative zu Friedensverhandlungen mit Nordkorea. China scheint sich im Prinzip wohlwollend zu dieser Initiative geäußert zu haben, wird doch in ihr die hervorgehobene Rolle Chinas in Nordostasien anerkannt.

Südkorea pflegt seine Beziehungen zu China mit großer Vorsicht. Als einzig verbleibender Verbündeter Nordkoreas in Nordostasien dürfte China eines der wenigen Länder sein, das die nordkoreanische Politik zumindest in Ansätzen beeinflussen kann. China kann der nordkoreanischen Regierung entscheidende Unterstützung bieten oder auch deren Stabilität durch eine Verweigerung dringend erforderlicher Hilfe zusätzlich gefährden. Eine Wiedervereinigung Koreas gegen den ausdrücklichen chinesischen Willen dürfte wahrscheinlich schwer zu verwirklichen sein.

Soweit möglich vermeidet die südkoreanische Regierung deutliche Kritik an chinesischer Politik. Ein Beispiel dafür war die südkoreanische Reaktion auf die Spannungen zwischen China und Taiwan. Die südkoreanische Regierung rief alle Beteiligten zu einer friedlichen Beilegung der Spannungen auf; sie verzichtete jedoch darauf, die chinesischen Raketentests und Manöver eindeutig zu verurteilen. Ähnlich heikel sind für die südkoreanische Regierung Abstim-

mungen in der Menschenrechtskommission der Vereinten Nationen über die Lage der Menschenrechte in China.

2.3 Japan

Als Nachbarstaat, als zweitgrößter Handelspartner und als Modell für viele wirtschafts- und gesellschaftspolitische Maßnahmen ist Japan für Südkorea ein besonders wichtiges Land. Korea und Japan haben sich seit vielen hundert Jahren gegenseitig kulturell beeinflusst. Der koreanische Einfluß auf die japanische Kultur war über lange Zeiträume stark.

Die Geschichte beider Länder ist eng miteinander verknüpft. In der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts hat die japanische Politik dunkle Schatten auf Korea geworfen. Die koreanisch-japanischen Beziehungen sind bis heute erheblich durch die Kolonialisierung Koreas durch Japan und durch den 2. Weltkrieg belastet. Sie bleiben schwierig, weil Japan, aus koreanischer Sicht, seine Schuld aus Kolonialzeit und Weltkrieg nicht ausreichend anerkennt. Diese Problematik wurde 1995 besonders deutlich, weil es 50 Jahre nach Ende des 2. Weltkriegs viele Anlässe gab, sich an die Vergangenheit zu erinnern.

Am 15.8.1995, dem Jahrestag der Kapitulation Japans und damit des Endes der Kolonialisierung Koreas, fand in Seoul eine große Feier statt, bei der die Kuppel des früheren japanischen Gouverneursgebäudes entfernt wurde. Damit wurde der Abriß dieses großen und intakten Gebäudes eingeleitet, das bisher das koreanische Nationalmuseum beherbergte. Wie die Errichtung dieses Gebäudes mitten im Bezirk des koreanischen Königpalastes in Korea als bewußte Demütigung verstanden wurde, so ist der geplante Abriß als eine demonstrative Selbstbehauptung Koreas gegenüber Japan zu verstehen.

Mit Unverständnis hat man in Südkorea die heftigen innerjapanischen Auseinandersetzungen um eine Entschuldigung für die japanische Aggression im 2. Weltkrieg verfolgt. Die nach langen Debatten verabschiedete Resolution, mit der das japanische Parlament des 2. Weltkriegs gedachte, wurde als unzureichend empfunden. In ihr wurde zwar das Bedauern für das durch japanisches Verhalten verursachte Leid ausgedrückt, eine ausdrückliche Entschuldigung jedoch vermieden. Die Erklärung des damaligen japanischen Ministerpräsidenten Murayama zum 15.8.1995, in der er in offeneren Worten die Schuld Japans eingestand und eine Entschuldigung formulierte, setzte allerdings aus südkoreanischer Sicht einen positiven Akzent. Dieser Eindruck wurde aber bereits im Herbst 1995 durch Äußerungen japanischer Minister wieder zunichte gemacht. Die von den japanischen Kabinettsmitgliedern behauptete formale Rechtmäßigkeit des Annektionsvertrags zwischen Korea und Japan von 1910 und der Verweis auf angeblich positive Leistungen der japanischen Kolonialpolitik in Korea haben die koreanische Öffentlichkeit empört.

Die Frage einer angemessenen Entschädigung für die von Japan während des 2. Weltkriegs zur Prostitution gezwungenen Frauen („comfort women“) ist in Korea mit starken Emotionen verbunden. Vor der japanischen Botschaft in Seoul finden zu diesem Thema immer wieder Demonstrationen statt, bei denen von der japanischen Regierung eine unverbrämte Entschuldigung und substantielle Entschädigungszahlungen gefordert werden. Die japanische Regierung hat zwar die Gründung einer Stiftung gefördert, aus deren Mitteln die betroffenen, noch lebenden Frauen Entschädigungszahlungen erhalten sollen. Die koreanische öffentliche Meinung ist damit vor allem wegen der geringen Höhe der zur Verfügung gestellten Mittel - bisher sind erst wenige Millionen Dollar zusammengekommen - nicht zufrieden.

Anfang 1996 kam es zwischen Japan und Südkorea zu einer weiteren ernstzunehmenden Verstimmung, bei der die seit langem zwischen beiden Staaten umstrittene Felseninsel Tok-do im Zentrum stand. Diese Insel liegt östlich von Südkorea fast auf halbem Weg nach Japan. Einige koreanische Polizisten sind auf der Insel stationiert; sie eignet sich aber nicht für eine dauerhafte zivile Besiedlung. Anlaß für die Verschärfung der Auseinandersetzung war ein Protest der japanischen Regierung gegen südkoreanische Pläne, eine Reede auf der Insel zu bauen. Die japanische Regierung wiederholte bei dieser Gelegenheit ihren Rechtsstandpunkt, daß diese Insel zum japanischen Hoheitsbereich gehöre. Besondere Brisanz gewinnt diese Frage im Zusammenhang mit dem Beitritt Südkoreas und Japans zum VN-Seerechtsübereinkommen von 1982. Im Einklang mit den Bestimmungen dieses Abkommens wollen beide Staaten ihre vor allem für Fischereirechte bedeutsame Erweiterte Meereswirtschaftszone auf bis zu 200 Meilen ausweiten. Die Frage des Besitzes von Tok-do kann bei der Festlegung der Grenze zwischen den Erweiterten Wirtschaftszonen beider Länder eine große Rolle spielen.

Japan stützt seine Ansprüche darauf, daß japanische Fischer die Insel seit alters her besucht haben und die japanische Regierung im Jahre 1905 die Insel offiziell beansprucht habe. Die japanische Regierung scheint davon auszugehen, daß die Insel vor 1905 formell niemandem gehört habe. Außerdem habe der mögliche Anspruchsgegner Korea seinerzeit nicht gegen die japanische Inbesitznahme protestiert. Die südkoreanische Regierung hält dem entgegen, daß die Insel schon seit mehreren hundert Jahren als Teil Koreas gegolten habe. Alte Karten würden sie eindeutig als koreanisch ausweisen. Im Jahre 1905, kurz vor der Kolonialisierung durch Japan, sei Korea politisch geschwächt gewesen. Im selben Jahr habe Korea bereits seine Souveränität in außenpolitischen Angelegenheiten auf starken japanischen Druck an Japan abgeben müssen. Das koreanische Schweigen könne nicht als stillschweigendes Einverständnis gewertet werden. Die südkoreanische Regierung erklärte, aus ihrer Sicht falle die rechtliche Bewertung des Streits um Tok-do so eindeutig

zu ihren Gunsten aus, daß eine Anrufung des Internationalen Gerichtshofs in Den Haag oder gar Verhandlungen mit Japan nicht in Frage kämen.

In der koreanischen Öffentlichkeit hat diese Auseinandersetzung hohe Wellen geschlagen. Auf antijapanischen Demonstrationen wurden Puppen verbrannt, die japanische Spitzenpolitiker darstellten. Das in den 80er Jahren komponierte Tok-do-Lied wurde wieder oft und öffentlich gesungen. Zahlreiche Gruppen reisten demonstrativ nach Tok-do, um ihre Unterstützung für die koreanischen Ansprüche deutlich zu machen.

Die Tok-do-Frage bleibt zwischen beiden Ländern ungelöst. Bei dem Gipfeltreffen zwischen Präsident Kim Young-sam und dem neu gewählten japanischen Ministerpräsidenten Hashimoto am Rande des ASEM-Gipfels in Bangkok (1./2.3.1996), konnte man nur „übereinkommen, nicht übereinzukommen“. Wenig später kühlte sich die aufgeheizte Stimmung in der koreanischen Öffentlichkeit ab. Beide Regierungen scheinen darauf Wert zu legen, es wegen der Tok-do-Frage nicht zu einer lang andauernden Verstimmung der wichtigen bilateralen Beziehungen kommen zu lassen. Verhandlungen zwischen beiden Staaten über Fischereifragen, bei denen allerdings das Tok-do-Problem ausdrücklich ausgeschlossen ist, wurden im Mai 1996 eingeleitet.

Südkorea bleibt mißtrauisch gegenüber Japan. Japan wird durchaus zugetraut, irgendwann in der Zukunft wieder eine ausgreifende Politik in Asien zu verfolgen. Die Verstärkung der japanischen Streitkräfte weckt daher in Südkorea Sorgen. Aus diesem Grund hat die amerikanisch-japanische Sicherheitserklärung vom April 1996 in Korea eine nachdenkliche Reaktion hervorgerufen. Einerseits ist Südkorea sehr an der Präsenz amerikanischer Soldaten in Japan interessiert. Von diesen Truppen erhofft man sich nicht nur Hilfe im Falle militärischer Auseinandersetzungen mit Nordkorea, sondern auch eine kontrollierende Wirkung gegenüber einem befürchteten Rückfall Japans in vergangene außenpolitische Verhaltensmuster. Andererseits weckt es in Korea ungute Erinnerungen, wenn in der Erklärung von einer erhöhten sicherheitspolitischen Verantwortung Japans in Nordostasien - also einer Verantwortung, die über Japan hinausreicht - gesprochen wird.

Darüber hinaus befürchtet Südkorea, daß Japan die südkoreanische Nordkoreapolitik konterkarieren könnte. Mit Skepsis beobachtet die südkoreanische Regierung die Entwicklung der Beziehungen zwischen Japan und Nordkorea. Die sogenannten Normalisierungsgespräche zwischen beiden Ländern wurden im November 1992 ergebnislos abgebrochen. Anfang 1996 gab es eine Reihe inoffizieller Kontakte, die eine Wiederaufnahme der Normalisierungsgespräche wieder in den Bereich des Möglichen zu rücken scheinen. Die japanische Regierung ist darum bemüht, die südkoreanische Regierung zu beruhigen. Sie beteuert, daß sie ihre Beziehungen mit Nordkorea nur in Abstimmung mit Südkorea entwickeln will. Das gilt auch für die Frage ei-

ner Nahrungsmittelhilfe für Nordkorea. Japan hat im Sommer und Herbst 1995 immerhin 500.000 t Reis an Nordkorea geliefert (davon 150.000 t als Gratislieferung) und war damit - wahrscheinlich abgesehen von China - der größte Hilfsgeber. Dabei machte die japanische Regierung schon früher als die südkoreanische Regierung deutlich, daß sie zu einer größeren Hilfsaktion bereit sei. Südkorea bat die japanische Regierung nachdrücklich, erst dann Hilfe zu leisten, wenn Nordkorea bereit sei, von Südkorea Hilfe anzunehmen.

2.4 Rußland

Die Beziehungen zu Rußland haben im Vergleich mit den Beziehungen zur Sowjetunion vor Aufnahme der diplomatischen Beziehungen im Herbst 1990 eine neue Qualität gewonnen. Aus dem früheren Verbündeten Nordkoreas ist ein Staat geworden, der sich von guten Beziehungen zu Südkorea mehr verspricht als von der Aufrechterhaltung des überkommenen Bündnisses zu Nordkorea. Die südkoreanische Regierung ist sich bewußt, daß Rußland weiterhin Einfluß auf die Staaten in der Region Nordostasien ausübt. Dies gilt auch für Nordkorea, selbst wenn dessen Beziehungen zu Rußland längst nicht mehr die Qualität und Dichte früherer Jahre erreichen. Südkorea hat mit großer Zufriedenheit registriert, daß Rußland den Freundschaftsvertrag mit Nordkorea, der eine militärische Beistandsklausel enthält, als nicht mehr zeitgemäß bezeichnet und im September 1995 gekündigt hat. Dadurch wird die in der Praxis bereits zerbrochene Allianz zwischen der früheren Sowjetunion und Nordkorea auch völkerrechtlich beendet.

Südkorea will die russische Regierung in ihrer Nordkoreapolitik möglichst auf ihrer Seite wissen. Entsprechende Bemühungen erhielten jedoch einen Dämpfer durch die Initiative Südkoreas und der USA, Nordkorea Gespräche nach der 2+2-Formel anzubieten. Eine Beteiligung Rußlands an diesen Gesprächen ist nicht vorgesehen. Für die südkoreanische Regierung sind die Themen dieser Gespräche in erster Linie eine innerkoreanische Angelegenheit; schon die Beteiligung der USA und Chinas ist daher aus südkoreanischer Sicht ein Kompromiß. Eine Beteiligung weiterer Länder ist daher nicht im südkoreanischen Interesse. Die russische Regierung verweist hingegen auf eigene Sicherheitsinteressen in der Region und fühlt sich zum eigenen Nachteil von zukünftigen Gesprächen ausgeschlossen. Der südkoreanische Außenminister Gong erläuterte bei einem Besuch in Moskau Anfang Mai 1996, daß Südkorea Rußland umfassend informieren wolle und überdies ein multilaterales Gesprächsforum zu regionalen Sicherheitsfragen („Northeast Asian Security Dialogue“) anstrebe. Dies konnte die russische Regierung jedoch bisher nicht von ihrer eher negativen Haltung zur südkoreanischen/amerikanischen Initiative abbringen.

Rußland verspricht sich vor allem wirtschaftliche Vorteile von einer Stärkung der Beziehungen zu Südkorea. Daher standen wirtschaftliche Fragen im Zentrum des Besuchs von Ministerpräsident Tschernomyrdin im September 1995 in Korea. Die russische Regierung ist mit der Entwicklung des Handels und der koreanischen Investitionen in Rußland nicht völlig zufrieden. Dementsprechend forderte Tschernomyrdin die südkoreanischen Unternehmer auf, sich stärker in Rußland zu engagieren. Der Ausbau der Wirtschaftsbeziehungen wird durch die schlechten Rahmenbedingungen in Rußland für unternehmerische Aktivitäten begrenzt. Zwar ist das südkoreanische Interesse an Investitionen im und am Handel mit dem russischen Fernen Osten im Prinzip stark. Zahlreiche ins Auge gefaßte große Investitionsprojekte Koreas in Sibirien (u.a. Ausbeutung von Erdgasvorkommen) scheiterten jedoch bislang an den hohen Risiken, die mit Geschäften in Rußland verbunden sind.

2.5 Europa

Der Schwerpunkt der koreanischen Beziehungen zu Europa liegt im Wirtschaftsbereich. Die europäischen Staaten und insbesondere die Mitgliedstaaten der Europäischen Union haben mit der steigenden Wirtschaftskraft Südkoreas in den letzten Jahren zunehmend Interesse an einem Ausbau der gegenseitigen Beziehungen gewonnen. Die EU ist nach den USA und Japan der drittwichtigste Handelspartner Südkoreas und stellt aus südkoreanischer Sicht eine wichtige Diversifizierung der Export- und Importbeziehungen dar. Umgekehrt ist Südkorea zu einem der wichtigsten Märkte der EU in Asien geworden. Das wachsende gegenseitige Interesse drückt sich in der Teilnahme Südkoreas am EU-Asien-Gipfel in Bangkok im März 1996 und in dem Rahmenabkommen zwischen der EU und Südkorea über Handel und Zusammenarbeit aus. Dieses Abkommen, das am 29. Februar 1996 in Brüssel paraphiert wurde, kann voraussichtlich bald unterzeichnet werden. Es soll vor allem den Wirtschaftsbeziehungen einen stabilen rechtlichen Rahmen geben. Fragen der Marktöffnung stehen dabei im Zentrum des europäischen Interesses.

Im Zusammenhang mit dem Rahmenabkommen soll eine koreanisch-europäische Politische Erklärung verabschiedet werden. In dieser Erklärung werden beide Seiten voraussichtlich die Absicht bekunden, den hochrangigen politischen Dialog zu intensivieren. Da die politischen Beziehungen Koreas zu den europäischen Staaten unproblematisch sind und es keine nennenswerten Interessenkonflikte im politischen Bereich gibt, werden mit einem politischen Dialog vor allem zwei Ziele verfolgt. Zum einen wird die Abstimmung der Politik in multilateralen Gremien wie z.B. der VN angestrebt. Zum anderen sollen Erfahrungen besonders im Bereich der Sicherheitspolitik ausgetauscht werden. In Europa wurden viele Erfahrungen mit kooperativen Sicherheitsstrukturen gesammelt, die es in der Region Nordostasien bisher noch nicht

gibt. Auch die Beziehungen zu Nordkorea würden bei einem solchen hochrangigen Dialog sicherlich ein Thema sein.

Ein koreanisches Anliegen gegenüber der EU und ihren Mitgliedstaaten ist eine substantielle Unterstützung des KEDO-Projekts (s.o.). Deutschland hat sich bereits Mitte 1995 bereit erklärt, einen Beitrag in Höhe von ca. 1,5 Mio. DM für KEDO zu leisten. Abgesehen von nationalen Beiträgen hat die EU beschlossen, 5 Mio. ECU (ca. 10 Mio. DM) zur Verfügung zu stellen. Damit beteiligt sich die EU nicht nur an den Kosten der KEDO, sondern signalisiert ihre politische Unterstützung der Absprachen zwischen Nordkorea und den Gründungsmitgliedern der KEDO. Die EU hat bisher noch nicht entschieden, ob sie die Mitgliedschaft der KEDO anstreben soll.

Beziehungen zu Deutschland

Aus koreanischer Sicht gehört Deutschland zu den wichtigsten Partnern in Europa. Im Vordergrund stehen auch im deutsch-koreanischen Verhältnis die Wirtschaftsbeziehungen. Für koreanische Unternehmen ist Deutschland ein Schlüsselmarkt in Europa. Deutsche Unternehmen zeigen ein wachsendes Engagement, um auf dem Zukunftsmarkt Korea präsent zu sein. Die Reisen deutscher Politiker nach Korea - im Februar 1996 reiste Bundeswirtschaftsminister Rexrodt nach Korea - unterstreichen das Interesse Deutschlands an Korea.

Höhepunkt in den bilateralen Beziehungen des vergangenen Jahres war der Staatsbesuch von Präsident Kim Young-sam in Deutschland vom 5. bis 8. März 1995. Bei dem Besuch in Bonn und Berlin wurde entschieden, die wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit zu intensivieren. Ferner wurde ein bilaterales Luftverkehrsabkommen geschlossen.

Besonders verbunden sind Korea und Deutschland durch eine gemeinsame Geschichte der Teilung ihres Landes. In Korea wird der deutsche Wiedervereinigungsprozeß mit großem Interesse beobachtet. Auch wenn man sich in Korea der großen Unterschiede zwischen der früheren Lage des geteilten Deutschlands und des immer noch geteilten Koreas bewußt ist, so gehört doch die deutsche Wiedervereinigung zu den wenigen Beispielen eines Einigungsprozesses, dessen Folgen in der Wirklichkeit zu analysieren sind. Anlässlich des Staatsbesuchs von Präsident Kim hat die deutsche Seite versichert, mit Korea die Erfahrungen aus dem Einigungsprozeß zu teilen. Zwischen Deutschland und Korea findet zu diesem Thema kontinuierlich ein Besucheraustausch statt.

2.6 ASEAN-Staaten

Die südkoreanische Außenpolitik widmet in den letzten Jahren verstärkt ihre Aufmerksamkeit der Pflege der Beziehungen zu den sieben ASEAN-

Mitgliedstaaten. Ursächlich dafür ist das mit der rasanten Wirtschaftsentwicklung gewachsene politische Gewicht dieser Länder. Nach den USA, Japan und der EU sind die ASEAN-Staaten zum viertwichtigsten Handelspartner Südkoreas geworden, wobei die Wachstumsraten des Handelsvolumens sehr hoch sind. Im Gegensatz zum Handel mit seinen drei größten Handelspartnern erzielt Korea im Handel mit den ASEAN-Staaten einen deutlichen Überschuß. Für die stark exportorientierte koreanische Bauindustrie ist der ASEAN-Markt von entscheidender Bedeutung; hier erhält sie ca. 50% ihrer Aufträge. Nach den USA und noch vor China ist die ASEAN-Region der zweitwichtigste Standort für koreanische Auslandsinvestitionen. Wegen der relativen geographischen Nähe werden die Wirtschaftsbeziehungen Koreas zu dieser Region noch bedeutsamer werden.

Nach dem Ende des Kalten Krieges, durch den viele regionale Entwicklungen dem bipolaren Spannungsverhältnis der beiden damaligen Großmächte untergeordnet waren, sind die ASEAN-Staaten auch im politischen Bereich zu einem für Südkorea besonders interessanten Partner geworden. Südkorea ist daher zu einem der sieben ASEAN-Dialogpartner geworden (neben den USA, der EU, Kanada, Japan, Australien und Neuseeland). Mit der steigenden Bedeutung der multilateralen Diplomatie ist die südkoreanische Regierung an einer Abstimmung ihrer Positionen mit den ASEAN-Ländern interessiert. Hinzu kommt, daß einige der ASEAN-Staaten immer noch über relativ entwickelte Beziehungen zu Nordkorea verfügen. Vietnam und Thailand sind für Nordkorea bedeutsame Reislieferländer. Außerdem ist z.B. Indonesien ein führendes Mitglied der Blockfreienbewegung, in der auch Nordkorea mitarbeitet. Die Haltung der ASEAN-Staaten in politischen Fragen dürfte daher für die nordkoreanische Regierung wichtig sein. Insofern versucht die südkoreanische Regierung in Fragen, die die Sicherheit und die politische Zusammenarbeit auf der koreanischen Halbinsel betreffen, die ASEAN-Regierungen von ihrer Politik zu überzeugen.

3 Multilaterale Außenpolitik

Zur Lösung globaler Probleme wird die multilaterale Diplomatie immer wichtiger. Südkorea hat in den letzten Jahren begonnen, seine Stimme auf multilateralen Foren immer deutlicher zu Gehör zu bringen. Dieses gilt für politische Organisationen genauso wie für internationale Wirtschaftsinstitutionen. Die verstärkten Aktivitäten in der multilateralen Außenpolitik entsprechen der außenpolitischen Maxime der „Globalisierung“, die von der südkoreanischen Regierung immer wieder hervorgehoben wird. Unter Globalisierung wird dabei in erster Linie die weitere Ausrichtung der südkoreanischen Wirtschaft auf den Weltmarkt und der vorsichtige Abbau von Zugangsbeschränkungen zum koreanischen Markt verstanden.

3.1 Vereinte Nationen

Am 8. November 1995 wurde Südkorea als nichtständiges Mitglied in den Sicherheitsrat der VN gewählt. Die südkoreanische Regierung betrachtet die Wahl als einen wichtigen Erfolg ihrer Außenpolitik. Sie sieht darin eine Bestätigung des wachsenden Gewichtes Koreas in der internationalen Politik.²⁰

Die Wahl stellt einen wichtigen Prestigegewinn im Verhältnis zu Nordkorea dar. Nord- und Südkorea wurden erst im September 1991 gleichzeitig als Mitglieder in die VN aufgenommen. Vorausgegangen waren jahrzehntelange Streitigkeiten über die Frage der UN-Mitgliedschaft beider Koreas. Erst als China andeutete, die Mitgliedschaft Südkoreas nicht mehr durch ein Veto zu blockieren, wurde die parallele Aufnahme von Süd- und Nordkorea möglich.²¹

Die südkoreanische Regierung hat sich im Rahmen der VN bereits an mehreren friedenserhaltenden Maßnahmen beteiligt. Sie sandte von Juli 1993 bis März 1994 eine Pioniereinheit mit einer Stärke von 252 Mann nach Somalia, um dort humanitäre Hilfe zu leisten. Seit Herbst 1994 befindet sich eine Sanitätseinheit mit ca. 40 Mitgliedern in der Westsahara, um Gesundheitsfürsorge für im Rahmen der VN-Maßnahmen tätiges Personal zu leisten. Im Oktober 1995 hat die südkoreanische Regierung ein Kontingent von 198 Soldaten nach Angola gesandt.²² Darüber hinaus hat die südkoreanische Regierung den VN im April 1995 notifiziert, daß sie bereit ist, 800 Mann für den schnellen Einsatz im Rahmen von Friedenstruppen vorzusehen.²³

3.2 Sicherheitspolitische Zusammenarbeit in Nordostasien

Im Vergleich zu Europa ist in Nordostasien die multilaterale sicherheitspolitische Zusammenarbeit kaum entwickelt. Der Grad der Institutionalisierung dieser Zusammenarbeit ist gering. In nur wenigen Gremien sprechen die beteiligten Staaten miteinander über Sicherheitsprobleme; es gibt bisher keine institutionellen Vorkehrungen, um gemeinsame Maßnahmen zur Erhöhung der Sicherheit in dieser Region beschließen und durchführen zu können.

Korea ist an einer Stärkung der multilateralen Diplomatie im Bereich der Sicherheitspolitik in Nordostasien stark interessiert. Den ersten Ansatz für eine intensivere Zusammenarbeit stellt das ASEAN Regional Forum dar, in

²⁰Zur Bedeutung der Mitgliedschaft im VN-Sicherheitsrat für Südkorea siehe Paik, Jin-Hyun, „New Direction for Korean Diplomacy“, in: *Korea Focus*, Vol.4 (1996), No.1, S.12ff.

²¹Siehe hierzu: Pak, Chi Young, „Korea and the United Nations - The First 50 Years“, in: *Korea and World Affairs*, Vol.XIX (1995), No.4, S.617ff.

²²Ebenda, S.622ff.

²³Siehe hierzu die Rede des Außenministers Gong auf der Konferenz „The Rise of East Asia and the United Nations“ (12.-14.6.1995), abgedruckt in: The ROK Committee for the 50th Anniversary of the UN (Hrsg.: Kim, Kyung-Won), *The Rise of East Asia and the United Nations*, S.1ff.

dem sich die Mitgliedstaaten der ASEAN, die sieben ASEAN-Dialogpartner (s.o.) sowie Rußland, China, Laos und Papua-Neuguinea über Sicherheitsfragen austauschen können. Südkorea hat im Frühsommer 1995 eines der ersten Seminare organisiert, das im Rahmen des ASEAN Regional Forum stattfand. Es hatte Fragen der präventiven Diplomatie zum Thema.

Südkorea hat einen „Northeast Asia Security Dialogue“ vorgeschlagen, in dessen Rahmen die beiden koreanischen Staaten, die USA, China, Rußland und Japan wichtige, die Region Nordostasien betreffende sicherheitspolitische Fragen erörtern sollen. Vor allem aufgrund nordkoreanischer Ablehnung ist dieser Dialog bisher nicht zustande gekommen. Statt dessen wurde ein „Northeast Asia Cooperation Dialogue“ ins Leben gerufen, der dem Austausch wissenschaftlicher und akademischer Institutionen der beteiligten Staaten über sicherheitspolitische Fragen dienen soll. Das vierte Seminar in diesem Rahmen fand im Januar 1996 in Peking statt. Nordkorea hat bisher an diesen Veranstaltungen - mit Ausnahme eines Vorbereitungstreffens - nicht teilgenommen.

Um die europäischen Modelle der Sicherheitszusammenarbeit besser kennenzulernen, strebt Korea darüber hinaus den Beobachterstatus in der OSZE an. Damit wäre es in dieser Organisation Japan gleichgestellt.

3.3 APEC

Als vom Export abhängige Wirtschaft ist Südkorea daran interessiert, gleichberechtigtes Mitglied regionaler Wirtschaftsorganisationen wie der APEC zu sein. Dabei gehört Südkorea eher zu den APEC-Teilnehmern, die beim Abbau von Zollmauern und anderen Marktzugangsbeschränkungen besonders vorsichtig vorgehen. Die südkoreanische Regierung zieht einer schnellen, umfassenden Liberalisierung eine langsame und einige Sektoren aussparende Strategie vor. Besonders bei einer Öffnung des Agrarmarktes befürchtet die südkoreanische Regierung heftige innenpolitische Opposition.

3.4 ASEM

Der Dialog zwischen Europa und Asien hat mit dem ersten ASEM-Gipfel Anfang März 1996 neue Schwungkraft erhalten. Er soll zu einer vertieften Zusammenarbeit zwischen beiden Regionen führen. Auf dem ersten ASEM-Gipfel wurden eine Reihe von Folgeveranstaltungen vereinbart, die vor allem die Verbesserung des wirtschaftlichen Austausches und der Zusammenarbeit im kulturellen Bereich zum Ziel haben.

Die südkoreanische Regierung hält das neue Forum für sinnvoll. Sie hat sich bereits bei der ersten Veranstaltung auf Staatsebene bemüht, Südkorea besonders interessierende Projekte voranzubringen. Dazu gehören

auf dem ASEM-Gipfel ins Auge gefaßte Infrastrukturprojekte (Eisenbahnverbindungen), bei denen sich südkoreanische Unternehmen Aufträge erhoffen und die die internationale Verkehrsanbindung Südkoreas verbessern könnten. Solche Projekte sind außerdem für Südkorea auch deshalb interessant, weil auf diesem Wege auch neue innerkoreanische Verbindungen geschaffen werden könnten. Eine Eisenbahnlinie, die Südkorea mit China und dann später eventuell mit Europa verbinden sollte, müßte auf jeden Fall die bisher undurchlässige innerkoreanische Grenze überwinden.

Südkorea hat sein besonderes Interesse am ASEM dokumentiert, indem es sich frühzeitig um die Ausrichtung eines ASEM-Gipfels beworben hat. Die ASEM-Staatschefs haben einvernehmlich beschlossen, daß im Jahr 2000 Südkorea der Gastgeber des dritten ASEM-Gipfels sein wird.

3.5 OECD

Der OECD-Beitrittsantrag Südkoreas, der im März 1995 gestellt wurde, wird seit Oktober 1995 in den OECD-Ausschüssen behandelt. Die Aufnahme in die OECD ist noch im Jahr 1996 möglich. Südkorea trifft in vielen wirtschaftspolitischen Bereichen Vorbereitungen für die notwendigen Anpassungen, besonders bei der Liberalisierung der Finanzdienstleistungen.

4 Ausblick

Aller Voraussicht nach werden in den kommenden Jahren die innerkoreanischen Beziehungen das zentrale Thema der südkoreanischen Außenpolitik bleiben. Wegen des steigenden Problemdrucks in Nordkorea ist die Stabilität auf der koreanischen Halbinsel mit einem noch größeren Fragezeichen als in den vergangenen Jahren verbunden. Die Lage in Nordkorea scheint so labil zu sein, daß auf der koreanischen Halbinsel ein grundlegender Wandel nicht ausgeschlossen werden kann. Wie das deutsche Beispiel gelehrt hat, können fundamentale Änderungen schnell eintreten. Die Wahrscheinlichkeit einer solchen Änderung läßt sich nicht mit hinreichender Sicherheit abschätzen. Sie dürfte wesentlich von dem Verhalten führender Politiker in Nordkorea abhängen. Falls die nordkoreanische Elite den Glauben an den Fortbestand des eigenen Regimes verlieren sollte, könnte das isolierte und starre System in diesem Land aufbrechen. Wegen des hohen Risikos, das mit abweichenden politischen Initiativen in Nordkorea verbunden ist, dürfte der Eindruck einer stabilen Führung, die zusammenhält, selbst kurz vor einer grundlegenden Veränderung für Außenstehende erhalten bleiben. Nicht völlig auszuschließen ist auch ein Erfolg der Bemühungen, Nordkorea auf einen Reformweg zu führen, der die Voraussetzungen schaffen könnte, mittels Wirtschaftshilfe und Investitionen einen Kollaps zu vermeiden und eine „soft landing“ zu

ermöglichen. Die koreanische Frage bleibt für beide koreanischen Staaten wie für die internationale Staatengemeinschaft ein Risiko.

Südkorea wird voraussichtlich in den nächsten Jahren weiter an Gewicht in der internationalen Politik gewinnen. Die Koreaner sind eher Optimisten. In einer Anfang Mai 1996 veröffentlichten Studie des Korea Development Institute wird prognostiziert, daß Südkorea im Jahr 2020 unter die sieben größten Volkswirtschaften aufgestiegen sein und damit u.a. Großbritannien überholt haben wird. Wem dies etwas zu hochgegriffen erscheint, dem kann entgegengehalten werden, daß die Entwicklung Südkoreas zur heutigen Leistungskraft noch vor 30 Jahren den Beobachtern wohl noch utopischer erschien. Auch wenn die optimistischen Voraussagen sich nicht verwirklichen, wird Südkorea eigene Positionen mit zunehmender Durchsetzungskraft in der internationalen Politik vertreten können.

Korea hat sich in den letzten hundert Jahren oft in die Rolle des Spielballs der vier in Nordostasien bedeutenden Mächte gedrängt gefühlt. Mit gestärktem Selbstbewußtsein wird Korea in Zukunft noch deutlicher machen, daß es kein Spielball ist, sondern selbst ein Mitspieler.